



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 19.10.2010

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zum Thema "Integrationsprogramm 2011 der ARGE Köln"** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 05.07.2010, 15:30 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Jochen Ott SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Dr. Walter Schulz auf Vorschlag der SPD

Herr Henk Benthem van CDU Vertreter für Frau Holländer

Herr Bernhard Ensmann CDU

Herr Niklas Kienitz CDU

Herr Ossi Werner Helling GRÜNE

Herr Horst Ladenberger auf Vorschlag der Grünen

Frau Marion Lüttig GRÜNE

Frau Katja Hoyer FDP

Herr Jörg Uckermann pro Köln Vertreter für Frau Wilden, ab 15:43 Uhr anwesend

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE. ab 15:41 Uhr anwesend

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD	bis 17:35 Uhr anwesend
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU	
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP	
Frau Ellen Sängler	auf Vorschlag der pro Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56 + 5620

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken

Frau Michaela Diers	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Annelie Appelman	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gem. § 5 der Hauptsatzung**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Anfragen zum Strategischen Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln (TOP 6.1 der Sitzung vom 04.03.2010)
1272/2010
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Präsentation der ersten Eckpunkte zum Strategischen Integrationsprogramm 2011 der ARGE Köln
2841/2010
 - 4.2 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0945/2010
 - 4.3 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II
1492/2010
 - 4.4 Halbjahresbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln / 1. Hj. 2010
2524/2010
 - 4.5 Sachstand Neuorganisation SGB II
2686/2010

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V.
0214/2010
- 5.2 Umschichtung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II - Erneuerung der Fenster im Bürgerzentrum Alte Feuerwache
2577/2010

6 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gem. § 5 der Hauptsatzung

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verpflichtet gem. § 5 der Hauptsatzung Herrn Carl-Wilhelm Rößler als sachkundigen Einwohner.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

Der Vorsitzende Herr Ott schlägt vor, dass die Tagesordnungspunkte 3.1 und 4.1 bis 4.5 zusammen beraten und Anregungen sowie Aufforderungen zu diesen Mitteilungen der Verwaltung mitgegeben werden sollen.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Verfahren einverstanden.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Anfragen zum Strategischen Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln (TOP 6.1 der Sitzung vom 04.03.2010) 1272/2010

4 Mitteilungen

4.1 Präsentation der ersten Eckpunkte zum Strategischen Integrationsprogramm 2011 der ARGE Köln 2841/2010

4.2 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 0945/2010

4.3 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II 1492/2010

4.4 Halbjahresbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln / 1. Hj. 2010 2524/2010

4.5 Sachstand Neuorganisation SGB II 2686/2010

Frau Bredehorst teilt zu Beginn den letzten Sachstand zur Neuorganisation nach SGB II mit. Hierzu nimmt sie Bezug auf die Mitteilungen unter den TOP 4.3 und 4.5 und erläutert den aktuellen Sachstand zur Weiterführung der ARGE.

Frau Bredehorst erläutert, die Verfassungsänderung führe dazu, dass es bei der künftigen „gemeinsamen Einrichtung“ nicht zu einer getrennten Aufgabenwahrnehmung kommen werde. Jedoch werde die ungleiche Augenhöhe, die faktisch zwischen Kommune und Arbeitsagentur schon in der Vergangenheit bestand, nun auch rechtlich festgeschrieben.

Dies bedeute, dass die Arbeitsagentur für ihre Trägerschaft einen unmittelbaren Zugriff auf die ARGE haben werde ohne die Trägerversammlung einschalten zu müssen. Fachliche Weisungen könne die Arbeitsagentur direkt an den Geschäftsführer der ARGE geben. Natürlich könne die Kommune dies für ihren Zuständigkeitsbereich ebenfalls machen. Frau Bredehorst fügt hinzu, in der Vergangenheit sei jedoch ausreichend dargelegt worden, dass Leistungsgewährung und Vermittlungsgeschäft nur als Einheit gesehen werden können. Mit dem Kölner Modell sei damals schon mit dieser Art von Arbeit begonnen worden.

Nachfolgend erläutert Frau Bredehorst die Verfahrensschritte zur Umsetzung der Neuorganisation in der Praxis. Die Stadtverwaltung und Arbeitsagentur Köln habe verabredet, nun Vertragswerke auszuarbeiten mit dem Ziel, die bisher bewährten Dinge möglichst beizubehalten und nur das anzupassen, was vom Gesetz aus angepasst werden müsse. Die Einzelheiten hierzu arbeite man zurzeit in einzelnen Arbeitsgruppen aus. Die Verwaltung werde das fertige Vertragswerk zu gegebener Zeit den politischen Gremien vorlegen.

Herr Müller-Starmann stellt nachfolgend die ersten Eckpunkte zum Strategischen Integrationsprogramm für die Zeit ab 2011 der ARGE Köln vor. Hierzu verweist er auf die Mitteilung unter TOP 4.1.

SB Herr Dr. Schulz erklärt, er sei mit den strategischen Ansätzen einverstanden. Herr Dr. Schulz zählt nachfolgend für die SPD-Fraktion drei Schwerpunkte auf.

Hierbei nennt Herr Dr. Schulz zunächst die Förderung junger Menschen in den Bereichen U 25 oder U 27. Die Absicht der ARGE, den Faktor Ausbildung verstärkt zu fördern, begrüßt Herr Dr. Schulz. Er spricht sich dafür aus, dass von Beginn der ersten Maßnahme an eine Strategie zur Integration und eine Verstetigung des Förderweges erforderlich seien, um anschließend auch entsprechende Qualifikationen zu erreichen.

Herr Dr. Schulz regt an, dass nicht nur die unmittelbare Integration in die Arbeit im Blickfeld stehen sollte, sondern auch die gesellschaftliche. Die gesellschaftliche Integration sei derzeit dadurch behindert, dass Menschen unter 25 keinen eigenen Wohn-

geldanspruch haben. Außerdem sollte es spezielle Förderungen im Bereich der Mobilität geben.

Zweitens sei für die SPD-Fraktion die verstärkte und sozialräumliche Unterstützung von langzeitarbeitslosen Erwachsenen wichtig. Herr Dr. Schulz erwartet, dass in der nächsten Zeit in Maßnahmen weiterführende Ziele und Integrationskriterien definiert werden.

Drittens hält Herr Dr. Schulz es für wichtig, einen Schwerpunkt auf Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, d.h. physische, chronische und psychische Erkrankungen, zu legen. Er hält in diesem Zusammenhang die strukturelle Entwicklung des Disability Managements (DiMa) für sehr wichtig.

Herr Dr. Schulz betont, es sei klar, dass man bei all den Maßnahmen in Anbetracht der kommunalen Haushaltssituation sehr einfallsreich sein müsse. Die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen sollten gemeinsam darauf überprüft werden, eine größere Zielstrebigkeit und Individualität der Förderwege zu erreichen.

RM Herr Ensmann hält es für sinnvoller, eine Synopse zu erstellen, um einen besseren Vergleich der Jahre 2010 bis 2011 herstellen zu können. Eine auf 2011 ausgerichtete Zielplanung sei der CDU-Fraktion zu wenig. Er regt an, diese Zielplanungen mittelfristig, d.h. auf ca. 5 Jahre anzulegen, um allen Seiten Planungssicherheit zu geben.

Herr Ensmann erklärt, man dürfe nicht aus dem Blickwinkel verlieren, dass der Kreis derer, die besonderer Hilfe bedürfen, angemessen berücksichtigt werden müsse.

Insgesamt stimme die CDU-Fraktion den Aussagen des Integrationsprogramms zu. Herr Ensmann fragt sich, wie nunmehr die Einzelprobleme angegangen und nach den Notwendigkeiten gewichtet werden sollen.

Hierbei wirft Herr Ensmann die Frage auf, wie man erreichen könne, dass Menschen mit einer entsprechenden Qualifizierung, z.B. in der Pflege oder der Hauswirtschaft, vom Arbeitsmarkt angenommen werden. Dies sei im Hinblick auf den demographischen Wandel wichtig, da bei der Pflege die Personalbedarfe zunehmen werden.

Bezug nehmend auf eine effizientere Steuerung und Kontrolle ist Herr Ensmann der Auffassung, dass auch eine optimierte Besetzungsquote bei Maßnahmeplätzen erfolgen sollte.

Bei der SGB II-Beratung durch kleinere Träger, werde immer wieder bekannt, dass Bescheide falsch seien oder Probleme mit wechselnden Ansprechpartnern entstehen. Herr Ensmann weist darauf hin, dass eine Beratung besser angenommen werde, wenn sie extern und unabhängig erfolge.

Abschließend bittet Herr Ensmann darum, dass aktuelle Problem mit der Befristung von Stellen in der ARGE deutlich darzustellen.

RM Herr Helling stellt einige Fragen zur Verknüpfung der Alltagspraxis mit der Neuorganisation.

Zunächst bittet er um Mitteilung, ob nach der Neuorganisation der Beirat der ARGE Köln in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen bleibe. Falls nicht, bittet er die Gründe hierfür zu benennen.

Zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit fragt Herr Helling, ob tatsächlich nicht mehr der medizinische Dienst, sondern die Rentenversicherung die abschließenden Gutachten erstelle.

Bezug nehmend auf die verbleibenden Steuerungsmöglichkeiten der Kommune fragt Herr Helling, wie das Verfahren zum Beschluss des strategischen Integrationsprogramms und des Maßnahmenprogramms aussehen und wie diese Programme künftig die Trägerversammlung durchlaufen werden.

Vor dem Hintergrund, dass die Zielvereinbarungen offenbar nicht mehr durch die Trägerversammlungen zu beeinflussen seien, sondern nur noch zwischen den Bundesbehörden und der jeweiligen Geschäftsführung, fragt Herr Helling, ob und in welcher Weise Verknüpfungen auf der Ebene des Geschäftsführers zur Verbindung der Zielvereinbarung mit dem strategischen Integrationsprogramm stattfinden werden.

Zum strategischen Integrationsprogramm ist Herr Helling der Auffassung, dass die Zusammenhänge zwischen Strategie, Maßnahmenplanung und eingesetzten Finanzen immer noch nicht transparent genug seien. Er hält es für sehr wichtig, an diesen drei Ebenen engere Verknüpfungen und Überprüfungsmöglichkeiten zu erzielen. Dies könne im Rahmen einer Halbjahresberichterstattung bezogen auf die Umsetzung von Maßnahmenprogrammen erfolgen.

Herr Helling begrüßt die Absicht der ARGE, mit der Einordnung der kommunalen flankierenden Leistungen in die Integrationsstrategie künftig anders umgehen zu wollen. Er bittet hierzu anhand von Beispielen die zukünftigen Änderungen zu verdeutlichen.

Weiterhin hält Herr Helling zum Thema soziale Stabilisierung die Formulierung, „geordneten Übergänge zum SGB XII“ für sehr missverständlich. Er regt die Formulierung „möglichst wenige Übergänge zum SGB XII“ an.

Abschließend erklärt Herr Helling, ihm sei nicht klar, ob die ursprüngliche Konstruktion der Zuordnung einer bestimmten Anzahl von Klientinnen/Klienten zu persönlichen Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartnern oder Fallmanagerinnen/Fallmanager so noch existent sei.

RM Frau Hoyer merkt an, bei dem Integrationsprogramm bleibe die Umsetzung und Auswertung sowie die spätere Information des Ausschusses noch unklar. Hierbei bezieht sie sich konkret auf das 4-Phasen-Modell und fragt, wie dieses Modell bei Kunden und Arbeitgebern konkret empfunden werde. Sie bittet den Ausschuss hierüber zu informieren.

Zum Thema öffentlich geförderte Beschäftigung, das einen großen Posten im Budget der ARGE einnehmen werde, bittet Frau Hoyer um konkretere Informationen.

Frau Hoyer begrüßt die Überlegungen zur Förderung der Personen im Bereich U 25. Bei allem Wichtigem und Richtigen, das in Zusammenhang mit der Sozialraumorientierung und niederschweligen Angeboten diskutiert werde, müsse es darüber hinaus auch noch Ansprechpartner geben, die sich nicht in dem jetzigen Sozialraumkonzept finden lassen bzw. dort vernetzt sind. Diese seien jedoch sehr wichtig, wenn es darum gehe, Jugendliche in die Arbeit zu vermitteln.

Da die Auslastung der Maßnahmen für den Bereich Ü 55 sehr gering sei, fragt Frau Hoyer, was die ARGE zur Verbesserung der Situation unternehmen wolle.

Weiterhin bittet sie um Informationen zur befristeten Beschäftigung von ARGE-Personal. Frau Hoyer fragt, wie die Fluktuation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Front Office Bereiches derzeit aussehe.

RM Frau Stahlhofen merkt an, sie sei betroffen über den Abbau von Maßnahmen im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit.

Frau Stahlhofen erklärt zum Thema Zielvereinbarungen mit Kunden, dass nicht jeder Kunde gewillt sei, z.B. im Pflegebereich zu arbeiten. Sie fragt, wie die Situation aussehe, wenn eine Kundin oder ein Kunde diese Zielvereinbarung nicht eingehen wolle.

Frau Stahlhofen hält einen Qualitätsnachweis zu den Maßnahmen für erforderlich.

RM Herr Uckermann hält den Vortrag und das vorliegende Integrationsprogramm der ARGE für substanzlos und erläutert dies an einigen Beispielen. Im Programm fehle ihm, dass die ARGE mittelstandsorientiert arbeite.

SE Herr Kersjes regt an, Leitlinien für die weitere Zusammenarbeit der Agentur für Arbeit mit der Stadt Köln zu entwickeln.

Herr Kersjes fragt, wie die aktuelle Situation bei den gesetzlich neu geregelten Betreuungsschlüsseln aussehe und wie in Zukunft sichergestellt werden solle, dass dieser Wert eingehalten werde.

Das strategische Integrationsprogramm biete eine Grundlage für eine größere Transparenz als in der Vergangenheit. Herr Kersjes geht davon aus, dass die auf Seite 5 genannten Analysen beispielhaft aufgeführt worden seien und dass es auch interne Analysen gebe.

Zu den Seiten 13 und 16 teilt Herr Kersjes mit, ihm seien die Zusammenhänge und die Herleitung der Themenschwerpunkte bzw. der Punkte des EGT-Haushaltes nicht klar. Die Aufteilung finde sich anhand der gesetzten Schwerpunkte wieder. Bei der Aufstellung des EGT-Haushaltes sei keine Unterscheidung nach dem Gesetz erforderlich, sondern eine Aufteilung nach entsprechenden Zielgruppen und Bedarfen an benötigten Instrumenten. Hierdurch sei ebenfalls eine größere Transparenz zu erzielen.

Herr Kersjes informiert, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände der Auffassung sei, die Mittel für kommunal flankierende Leistungen seien zu gering. Es gebe Mehrbedarfe z.B. bei der Schuldner- oder Arbeitslosenberatung oder beim B-Teil der JobBörsen.

SB Frau Hollmann fragt, wo der Sozialraumbezug verankert werde und bittet an Beispielen zu erläutern, wie die Erkenntnisse von Partnerinnen und Partnern ausgewertet werden sollen. Bezug nehmend auf die Anmerkungen von Herrn Kersjes zur fehlenden Transparenz, teilt Frau Hollmann mit, bereits bei der guten Analyse im Integrationsprogramm 2010 werde eine Verzahnung zu den konkreten Maßnahmen nicht deutlich.

Frau Hollmann bittet um Mitteilung, wer die Sollvorgaben für Integrationsquoten festlege. Sie regt außerdem an, ein zusätzliches Monitoring einzuführen, um feststellen zu können, wie Zuweisung und Platzbelegung zu den einzelnen Maßnahmen aussehen.

SB Herr Ladenberger bittet um Erläuterung, warum für Menschen mit Behinderung die EGT-Haushalte vom Jahr 2008 bis 2010 so stark angestiegen seien.

Weiterhin stellt er fest, dass bei den Teilnahmekosten zu den Maßnahmen in diesen Jahren eine 30%ige Senkung erfolgt sei. Er fragt, auf Basis welcher Erkenntnisse diese sehr umfassenden Veränderungen vollzogen werden.

Herr Ladenberger fügt hinzu, bei den Zuschüssen für Arbeitgeber seien die Ansätze von 23% (2008) auf 12% (2010) gesunken. Er unterstreicht die Ausführungen von Herrn Helling, dass die Übergänge des SGB II ins SGB XII durchaus funktionieren, es aber andersherum deutlich schwieriger sei. Herr Ladenberger bittet diesbezüglich um Erklärung dieser Umschichtungen.

SB Herr Rößler nimmt Bezug auf Anmerkungen zur Qualifizierung für den Bereich Pflege. Es sei auch für diejenigen, die gepflegt werden, problematisch, von einer Person, gepflegt zu werden, die nicht geeignet oder gewillt sei, dies zu tun. Herr Rößler weist darauf hin, dass es sich bei der persönlichen Assistenz um reguläre Arbeitsplätze handele, die nicht durch billigere Varianten verdrängt werden dürfen.

Der Vorsitzende Herr Ott fasst zusammen, durch fast alle Wortbeiträge sei deutlich gemacht worden, dass eine Wirkungsanalyse und die Herstellung einer Transparenz entscheidend sei. Er fügt hinzu, die Grobziele werden von fast allen Ausschussmitgliedern mitgetragen, jedoch müsse eine Konkretisierung für die Umsetzung erfolgen.

Die frühe Diskussion im Ausschuss biete die Chance, Schritt für Schritt mehr Kompetenz zu gewinnen und dann zu erkennen, für welche Zielgruppe wie viele Mittel bereitstehen, um eine politische Schwerpunktsetzung in diesem Ausschuss vornehmen zu können.

Herr Ott betont, der Ausschuss für Soziales und Senioren habe den Willen, die Arbeit der ARGE mitzugestalten. Der Ausschuss erwarte, unabhängig davon, wer an der Spitze der Agentur für Arbeit stehen werde, dass man sich zukünftig mit der Stadt Köln gemeinsam auf Ziele verständige, die in der ARGE umgesetzt werden sollen.

Frau Bredehorst stellt klar, das Bemühen darum, dass die Stadt Köln auf gemeinsamer Augenhöhe mit der Arbeitsagentur arbeiten könne, lasse nicht ab. Die Forderungen nach einer entsprechenden Änderung der gesetzlichen Regelung zur gleichen Augenhöhe werde die Verwaltung auch weiterhin über den Städtetag stellen.

Zur Frage von Herrn Helling zur Zusammensetzung des Beirates teilt Frau Bredehorst mit, der Gesetzestext besage, dass Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, die Eingliederungsleistungen anbieten, nicht Mitglied des Beirates sein dürfen. Eine entsprechende Anmerkung von Frau Bredehorst sei bei der Anhörung nicht aufgenommen worden. Sie erklärt, zunächst sei zu überlegen, wie dieser Gesetzestext interpretiert werden müsse und ob ggf. über eine Hilfskonstruktion, wie das Einladen von Gästen, eine Beteiligung z.B. der Wohlfahrtsverbände möglich sei.

Bezüglich der Feststellung der Erwerbsfähigkeit teilt Frau Bredehorst mit, diese werde von der Arbeitsagentur und im Streitfalle durch den Rentenversicherungsträger festgestellt. Bisher habe es ein Einstimmigkeits- und Konsensprinzip in der ARGE gegeben. Auch wenn es voraussichtlich im neuen Vertrag lediglich ein Bemühen um Ein-

stimmigkeit geben werde, geht Frau Bredehorst davon aus, dass sich in der Praxis nicht viel ändern werde.

Frau Bredehorst teilt weiterhin mit, über das Arbeitsmarktprogramm könne auch weiterhin die Trägerversammlung mitbestimmen. Die Kommune habe immer mehr Mitbestimmung bei der operativen Umsetzung gefordert. Da eine strikte Trennung zum Vermittlungsgeschäft nicht machbar sei, geht Frau Bredehorst davon aus, dass auch wie bisher weitergearbeitet werden könne, da die Trägerversammlung für Organisation, Personal und Finanzwirtschaft zuständig sei.

Zu den Zielvereinbarungen erklärt Frau Bredehorst, das Gesetz sehe vor, dass die jeweiligen Träger direkt mit den Geschäftsführern Zielvereinbarungen treffen sollen. Bisher habe es faktisch schon eine ebensolche Regelung gegeben. Sie erläutert kurz die bisherige Praxis. Wichtig sei, dass es eine lokale Zielvereinbarung gebe. Bisher konnten die bundesweit vorgegebenen Ziele immer darin gut mit eingebaut werden.

Frau Bredehorst nimmt den Vorschlag von Herrn Kersjes, eine Leitlinie zu entwickeln, gerne auf.

Herr Müller-Starmann dankt allen Ausschussmitgliedern für die gegebenen Anregungen, die er gerne aufnehme.

Zur Frage von Herrn Ensmann nach dem Personal der ARGE, erklärt Herr Müller-Starmann, es gebe zurzeit die schwierige Situation, dass bis zum Ende dieses Jahres befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auslaufen werden. Die Arbeitsagentur, als einer der Träger der ARGE, könne auf Grund einer Obergrenze zurzeit keine weiteren befristeten Einstellungen vornehmen. Gleichzeitig könne die Arbeitsagentur nur sehr begrenzt befristete Stellen in unbefristete umwandeln. Die ARGE sei dabei, gemeinsam mit der Stadt nach einer Lösung für dieses Personalproblem zu suchen, um die Arbeitsfähigkeit im nächsten Jahr aufrecht erhalten zu können.

Zur Frage von Herrn Ladenberger nach den Leistungen für Menschen mit Behinderungen erklärt Herr Müller-Starmann, dass der Unterschied im EGT-Haushalt nicht ganz so groß wie von ihm angegeben sei. Er betont, für Menschen mit Behinderungen gebe es langfristige Fördermöglichkeiten bei der Begründung von Arbeitsverhältnissen, d.h. Eingliederungszuschüsse für Menschen mit Behinderungen können bis zu fünf Jahre lang gezahlt werden.

Zu der Nachfrage von Herrn Helling zu den geordneten Übergängen ins SGB XII teilt Herr Müller-Starmann mit, dass das DiMa genau an diesem Punkt außerordentlich verdienstvolle und sinnvolle Arbeiten im Interesse der Menschen leiste. In keinem einzigen Fall der ARGE Köln in den vergangenen 5 ½ Jahren habe es den Bedarf nach der Anrufung der Einigungsstelle gegeben. Herr Müller-Starmann erklärt, der geordnete Übergang beziehe sich auf die Sicherstellung der Leistungserbringung durch die ARGE und ggf. Verrechnung während eines Wechsels der Leistungssysteme.

Weiterhin nimmt Herr Müller-Starmann Bezug auf die Evaluierungen der Arbeitsgelegenheiten, die in der nächsten Beiratssitzung vorgestellt werden.

Zu den geförderten Beschäftigungen betont Herr Müller-Starmann, gehe es um Zusatzlichkeit, keinesfalls um die Abschaffung tatsächlicher Beschäftigung. Er weist darauf hin, dass die ARGE niemanden zwingen, sich in einem Bereich, wie z.B. bei der Pflege zu qualifizieren. Herr Müller-Starmann betont, die ARGE nutze hingegen die

Möglichkeiten, die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante bieten, damit die Menschen ausprobieren können, ob ein Tätigkeitsbereich der geeignete sei.

SE Herr Kersjes erklärt, aus seiner Sicht sei es bei den vorangegangenen Nachfragen um den bestehenden Fachkräftemangel im Bereich der Altenpflege gegangen. Für diesen Bereich der examinieren Altenpflege werden dringend Fachkräfte gesucht. Herr Kersjes fragt, wie in Zusammenhang mit dem strategischen Integrationsprogramm eine Qualifizierung erfolgen könne, um Menschen zu befähigen, diesen Beruf zu wählen. Hierbei sollten die Bedarfe des Arbeitsmarktes erkannt und Menschen gefunden werden, die bereit seien, sich in diese Richtung zu qualifizieren.

SB Herr Ladenberger fragt, ob und welche Rolle die Spargesetze der Bundesregierung bei dem Integrationsprogramm 2011 spielen.

Herr Müller-Starmann vermutet, dass die ARGE sicher nicht in dem Maße ausgestattet sein werde, wie es im Jahre 2010 der Fall gewesen sei. Zurzeit sei nicht klar erkennbar, wie der zukünftige Haushaltsansatz aussehen werde.

SB Herr Dr. Schulz bittet um Mitteilung, welche Maßnahmen des operativen Geschäftes durch Einsparungen gefährdet seien oder inwiefern die ARGE sich vorstellen könne, Verpflichtungsermächtigungen einzugehen.

RM Herr Ensmann bezieht sich auf die vorhergehende Anmerkung und stellt fest, dass dies in Zusammenhang mit dem Personal erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen werde. Eine erneute Umschichtung von Mitteln aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt hält die CDU-Fraktion für problematisch. Herr Ensmann hält es für wichtiger, dass möglichst viele Mittel aus dem Eingliederungstitel in die Maßnahmen fließen.

Frau Bredehorst merkt an, die wichtige Frage sei, wie hoch das Verwaltungskostenbudget ausfallen werde. Aus Sicht der Verwaltung sei dies bisher zu niedrig gewesen. Daher sei sie erfreut über diese Übertragungsmöglichkeit aus dem Eingliederungstitel und froh, dass die zu Beginn bestehenden Schwierigkeiten bei der Leistungssachbearbeitung überwunden werden konnten. Glücklicherweise habe sich die Personalsituation inzwischen beruhigt.

Frau Bredehorst ergänzt, die Kommune müsse 12,6 % der Verwaltungskosten selbst tragen. Daher erfolge diesbezüglich auch seitens der Verwaltung eine sehr strenge Prüfung. Eine Abstimmung über eine Übertragung müsse zudem auch in der Trägerversammlung erfolgen.

Herr Müller-Starmann bestätigt die Anmerkung von Herrn Dr. Schulz, dass Verpflichtungsermächtigungen ein schwieriges Thema seien. Es sei von Vorteil, dass die ARGE einen Teil der Maßnahmen langfristiger ausgeschrieben habe. Diese sind in den jetzt existierenden Verpflichtungsermächtigungen abgesichert. Die ARGE gebe sich alle Mühe, den Eingliederungstitel soweit wie möglich auszugeben und dabei e-

benfalls zu berücksichtigen, nicht über die Maßen für das kommende Jahr Verpflichtungen einzugehen.

Der Vorsitzende Herr Ott schließt die Aussprache ab und teilt mit, der Ausschuss werde zu gegebener Zeit wieder auf dieses Thema zurückkommen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V. 0214/2010

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott schlägt vor, die Entscheidung über diese Beschlussvorlage in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

RM Herr Ensmann schließt sich dieser Auffassung an. Bezug nehmend auf Seite 2, 1. Absatz der Beschlussvorlage bittet Herr Ensmann um Information zu der Aussage „... sofern eine Förderung durch die Dormagen-Guffanti-Stiftung nicht möglich ist.“. Aus der Vorlage gehe nicht eindeutig hervor, ob die Stiftung nun nicht mehr in der Lage sei, den Anteil in Höhe von 25.500 € zu übernehmen.

Der Vorsitzende Herr Ott bittet die Verwaltung, diesen Punkt bis zu den Haushaltsplanberatungen zu klären.

RM Herr Uckermann schließt sich einer Verschiebung in die Haushaltsplanberatungen an und geht davon aus, dass damit eine Beratung im Rat in der Sitzung am 13.07.2010 nicht erfolgen werde.

RM Herr van Benthem geht davon aus, dass das Zentrum für Therapeutisches Reiten an einer Weiterarbeit nicht gehindert sei, wenn in der Ratssitzung am 13.07.2010 über die Beschlussvorlage keine Entscheidung getroffen werde. Ansonsten halte er eine Verschiebung in die Haushaltsplanberatungen für bedenklich.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Fragen an die Fachverwaltung zu.

RM Herr Helling merkt an, dass der Zuschuss der Stadt Köln am Gesamthaushalt der Stiftung bisher 2 % betrage. Auf Grund dessen geht Herr Helling davon aus, dass die Existenz dieses Zentrums nicht von der Entscheidung über die vorliegende Beschlussvorlage abhängig sei. Daher könne der Beschluss bedenkenlos in die Haushaltsplanberatungen verwiesen werden.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschuss für Soziales und Senioren begrüßen aus fachlicher Sicht dieses Projekt und vereinbaren, die Beschlussvorlage in die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

5.2 Umschichtung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II - Erneuerung der Fenster im Bürgerzentrum Alte Feuerwache 2577/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt, die Baumaßnahme „Erneuerung von Fenstern im Bürgerzentrum Alte Feuerwache“ mit einem Kostenaufwand von 80.000 € im Rahmen des Konjunkturprogramms durchzuführen.

Die Finanzierung erfolgt durch entsprechende Umschichtung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II von der Maßnahme Nr. 50-144 - Verbesserung der Barrierefreiheit im Pflegeheim 1 SBK Riehl - zu Gunsten der Maßnahme Nr. 50-109 - Erneuerung der Fenster im Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6 Verschiedenes

genehmigt:

gez. Bredehorst

(Beigeordnete)

gez. Ott

(Vorsitzender)

gez. Kutzer

(Schriftführerin)